

Die Welt ist nicht beherrschbar. Eine Einsicht.

1. Ausgerechnet demokratisch

Die Geschichte zeichnet die besten Karikaturen. Da schickt sich ein Staatspräsident, bei seiner ersten Wahl im Jahr 2000 nur ganz knapp oder vielleicht auch gar nicht von einer Mehrheit des amerikanischen Volkes gewählt, an, der ganzen Welt Demokratie zu predigen. Im sechsten Jahr seiner Präsidentschaft holt ihn just die Demokratie auf zynische Weise wieder ein – in der Form einer von der Mehrheit des (palästinensischen) Volks unzweifelhaft gewählten Hamas-Regierung. Bei einer Stimmbeteiligung von 77 Prozent erreichte die militante Organisation rund 57 Prozent der Sitze im palästinensischen Parlament. Die Nahostpolitik sowohl der Amerikaner als auch der Europäer steht seither vor einem Scherbenhaufen. Die wenigstens halbwegs verlässliche und mit viel Geld verwöhnte Fatah-Regierung wurde vom eigenen Volk weggefegt, und man muss sich wohl oder übel damit abfinden, es in Zukunft mit einem Gegenüber zu tun zu haben, das in erster Linie die Sprache der Gewalt versteht.

Doch damit nicht genug: Der Kreuzzug für Demokratie wird noch ganz anders durch die Geschichte karikiert. Ein anderer und allem Anschein nach durch und durch gefährlicher Unruhestifter, Mahmud Ahmadinedschad, wurde in einem für iranische Verhältnisse relativ offenen und fairen demokratischen Prozess durch das Volk zum Präsidenten Persiens gewählt. Der Mann mit dem unaussprechlichen Namen bestreitet das Existenzrecht Israels, verneint den Holocaust und will aus seinem Land eine Atommacht bilden. – Im erdölreichsten Land Lateinamerikas regiert ein mit demokratischen Weihen versehener potentieller Nachfolger Fidel Castros, der venezolanische Präsident Hugo Chávez. Er ist, im Gegensatz zu seinem zu romantischen Illusionen neigenden Vorbild, mit hoher und stärker an den Realitäten orientierter Intelligenz versehen und pfeift, ganz im Gegensatz zu den Kubanern, materiell alles andere als aus dem letzten

Loch. Man ist versucht zu sagen, dass derzeit die meisten wesentlichen Probleme Amerikas und damit letztlich der ganzen zivilisierten Welt in der einen oder der anderen Weise mit der demokratischen „Legitimierung“ von aus übergeordneter Sicht unhaltbaren Positionen zu tun haben.

Doch wer „übergeordnet“ sagt und den Begriff der Legitimierung in Führungszeichen setzt, der bringt damit gleichzeitig auch zum Ausdruck, dass es zwischen einer demokratisch begründeten *Legalität* und einer nach anderen Gesichtspunkten fundierten *Legitimität* einen sehr wesentlichen Unterschied gibt. Spätestens seit der (rein formal durchaus demokratischen und legalen) Wahl Hitlers zum deutschen Reichskanzler weiss man das. Und ein amerikanischer Präsident – ausgerechnet ein amerikanischer! – hätte wissen müssen, dass mit der Verabsolutierung der Demokratie als Allheilmittel mehr verloren als gewonnen sein wird. Denn Amerika ist ja nicht zu dem geworden, was es ist, weil das Volk seinen Präsidenten demokratisch bestimmen darf, sondern weil es zum richtigen Zeitpunkt in seiner Geschichte eine Verfassung bekam, die *unumstössliche Regeln* über die Willkür des Zeitgeists stellt. Eine Verfassung, welche der Durchsetzung der unumstösslichen Regeln ein glaubwürdiges und erstaunlich nachhaltiges Gerüst rechtsstaatlicher Institutionen zur Verfügung stellte, ein Gerüst notabene, das auf den Ausgleich von Macht abzielt und deshalb selbst das Volk in Schranken weist.

2. Ungleiche Waagschalen

Die Geschichte karikiert nicht nur, sondern sie erteilt auch Lektionen, und leider pflegen diese Lektionen blutig zu werden. Es ist absehbar, dass die Vernachlässigung übergeordneter Prinzipien und unumstösslicher Regeln gegenüber der Verabsolutierung der formalen Legalität zu *dem* grossen Thema der kommenden Jahre werden wird. Präsident Bush ist in die Falle der Inhaltsarmut von „Demokratie“ getreten. Viel genereller und bei weitem belangreicher droht aber die ganze Auseinandersetzung zwischen der zivilisierten Welt und den sich immer aggressiver gebärdenden Herausforderern infolge Mangels an Werten auf der einen Seite und Überschusses an (ver-

meintlichen) Inhalten auf der anderen Seite existenzgefährdend zu werden. Der Fundamentalist wähnt sich im Auftrag einer übergeordneten Instanz, im heutigen konkreten Fall auf Geheiss von Allah, zu handeln. Er lässt sich im Glauben an diesen höheren Auftrag in die Luft sprengen, er nimmt, ohne mit der Wimper zu zucken, Geiseln und köpft diese nötigenfalls auch noch vor laufender Kamera, er beschafft sich in Vollzug vermeintlich göttlichen Willens Atomwaffen und bereitet in völliger Selbstverständlichkeit deren Einsatz gegen ein Land vor, das es nach seinem Verständnis gar nicht geben dürfte, weil es den Holocaust ja auch nicht gegeben habe. Das alles und noch viel Schreckliches mehr steht in einer einzigen Legitimierungskaskade, die durch ihre innere Logik besticht. Der Zweck heiligt buchstäblich alle Mittel.

Die Legitimierungskaskade besticht dermassen, dass ihr selbst Vertreter der aufgeklärten und zivilisierten Welt erliegen. Dass man aus Angst auf die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen verzichtet, ist das eine. Angst ist ja durchaus berechtigt, wenn man an die Terroranschläge der letzten Jahre denkt. Man kann das Verhalten Pragmatismus nennen, allenfalls auch Feigheit. Etwas völlig, weil grundsätzlich, anderes ist es, wenn man damit beginnt, die Karikaturen als objektiv beleidigend zu bezeichnen, denn dann entspricht dies letztlich einer Anerkennung der *Fiktion*, auf welcher die Legitimierungskaskade beruht, der Fiktion nämlich, dass es Menschen geben könne, die in göttlichem Auftrag handeln.

Die Aufklärung räumte mit dieser Fiktion in unserem Teil der Welt gründlich auf. Gewiss, es gab Rückfälle. Zum Beispiel die Erhebung der Fiktion eines zwingenden Verlaufs der Geschichte – Hegels Dialektik und im Nachgang die marxistische Idee einer zwangsläufig bevorstehenden Weltrevolution – zur Pseudoreligion, die Kriege und Gulags vermeintlich legitimierte. Oder die völlig abstruse Auffassung, eine bestimmte Rasse sei – qua göttlicher Vorsehung – anderen Stämmen der Spezies Mensch überlegen und müsse deshalb fortan die Welt beherrschen, womit dann ebenfalls ein Weltkrieg und die Konzentrationslager „legitimiert“ wurden. Man kann den – glücklicherweise nicht nachhaltigen – Erfolg sowohl des Sozialismus als auch des Nationalsozialismus kaum anders erklären als durch das Wiederaufflammen vor-aufgeklärten Denkens und Handelns. Interessanterweise erfasste es just auch immer wieder jene Kreise, die man aufgrund ihrer Bildung auf der sicheren Seite hätte glauben müssen: die Intelligenz. Vermutlich steckt dahinter die Neigung, die durch die Bildung verlorene eigene Religiosität durch eine Pseudoreligion zu

ersetzen. Aufklärung ist deshalb auch in den aufgeklärten westlichen Zivilisationen kein dauerhaft erworbener Zustand, sondern eine Geisteshaltung, um die immer wieder gerungen werden muss. Es wird spannend sein, beobachten zu können, wie Angehörige der westlichen Intelligenz künftig in die Falle des Islamismus tappen. Wie aber auch immer: Bis anhin hat allen Anfechtungen zum Trotz insgesamt immer wieder die aufgeklärte Einsicht obsiegt, dass die Fiktion eines vermeintlichen göttlichen Auftrags an bestimmte Menschen oder Menschengruppen mehr Unheil über die Welt gebracht hat als jede Naturkatastrophe und jede Pandemie.

Wer von „Fiktion“ und von „Vermeintlichkeit“ spricht, rüttelt selbstverständlich am geistigen Fundament, an der subjektiv empfundenen Unumstösslichkeit desjenigen, der sich seiner Sache so sicher ist. Die Divergenz ist unüberbrückbar. Und sie kann durchaus auch tödlich enden. „Demokratie“ als Gegenmittel, auch wenn sie manu militari wie im Irak eingebracht und durchgesetzt wird, ist allerdings dafür nicht hinreichend. Denn es kann ja durchaus sein, dass ganze Völkerscharen die Fiktion der göttlichen Legitimierung für gegeben halten und entsprechend wählen und stimmen. So im Iran, so in Palästina, so in einer zunehmenden Zahl von islamistisch ausgerichteten Ländern, so bald einmal in den Banlieues von Paris.

3. Inhaltsarme westliche Demokratien

Der Fundamentalist hat, lediglich subjektiv selbstverständlich, immer „recht“. Er hat auch „recht“, wenn er seine demokratischen Rechte wahrnimmt. Und er hätte selbst dann „recht“, wenn er unter Ausnützen dieser demokratischen Rechte ganze Demokratien untergraben, ganze Zivilisationen gefährden, ganze Völkerscharen umbringen würde. Demokratie als Verfahren der Entscheidungsfindung durch Einbindung einer grossen Anzahl Betroffener nach vorbestimmten Spielregeln sei nicht hinreichend, haben wir festgestellt, da das Verfahren als solches das subjektive „Recht“ haben nicht in Frage stellt.

Eines der existentiellen Probleme der aufgeklärten und zivilisierten Welt liegt nun darin, dass viele ihrer Vertreter mehr und mehr ebenfalls einer Fiktion erlegen sind, der Fiktion nämlich, die Demokratie habe eine eigene inhaltliche Wertigkeit und legitimiere die durch demokratische Verfahren getroffenen Entscheidungen aus sich selber heraus. Ja, es ist durchaus so, dass auch diese Fiktion da und dort fundamentalistische Züge angenommen hat und der Zweck der Demokratie fast alle Mittel zu rechtfertigen scheint.

So überzieht beispielsweise ein unablässig wachsendes Netz immer neuer, zusätzlicher Organisationen unsere zivilisierte Welt, alle perfekt demokratisch legitimiert. Neue, zusätzliche Verwaltungsebenen werden eingebaut, zusätzliche supranationale Gremien geschaffen, und alle diese Körperschaften legitimieren in perfekt demokratischer Manier vor sich hin, produzieren tonnenweise neue Weisungen und Regulierungen und glauben von sich selber, in hohem Masse nützlich zu sein. Was natürlich mit der Fiktion der eigenen inhaltlichen Wertigkeit des demokratisch abgestützten Verfahrens zusammenhängt. Eine typische Ausgeburt solchen technokratischen Glaubens an das Verfahren war der Entwurf für eine Verfassung der EU, welche über 448 Artikel, 36 Protokolle, zwei Anhänge und 50 Erklärungen auf 485 Seiten umfasste. Die erste amerikanische Verfassung kam mit sieben Artikeln aus.

Ganz offensichtlich ist es ja nicht so, dass uns die Fiktion der eigenen inhaltlichen Wertigkeit des demokratischen Verfahrens bei der Lösung schwieriger Probleme weiterbrächte. Ganz im Gegenteil. Sehr zurecht wurde kürzlich in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ vom 7.3.2006, Seite 26) auf die Problematik hingewiesen, dass aufgrund der demographischen Verschiebungen in unseren Sozialsystemen zunehmend eine empfangende Mehrheit einer zahlenden Minderheit gegenüberstehen wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass unter diesen Umständen im demokratischen Verfahren eine auch nur einigermaßen tiefgreifende Reform zustandekommen kann, wird mit jedem Jahr geringer. Mit anderen Worten müsste man so rasch als möglich handeln. Handeln in der Demokratie verlangt aber einen sogenannten „Leidensdruck“, zumal dann, wenn die Demokratie auch ein Medienereignis sein soll (was selbstverständlich in hohem Masse zutrifft). Den wirklichen Leidensdruck werden aber erst jene Generationen verspüren, die heute noch nicht einmal geboren sind. Sie werden nämlich mit den inhärenten Schulden unserer Sozialsysteme umgehen müssen. Es ist eben schon so: Ein Schneeballsystem, wie demokratisch „legitimiert“ es auch sein mag, bleibt ein Schneeballsystem und kommt einmal zum Ende.

An der Belastung künftiger, möglicherweise noch nicht einmal geborener Generationen durch demokratisch erfolgte Entscheide heutiger Stimmberechtigter kann sehr klar die Hauptproblematik der Demokratie aufgezeigt werden: Die *Asymmetrie* ihrer Anreizmechanismen. Was ist damit gemeint? Demokratisch zustandgekommene Entscheide haben ja oft einen wirtschaftlichen Hintergrund. Das heisst, dass eine Gruppe von Menschen einen unmittelbaren wirtschaftlichen

Nutzen erfährt, währenddem andere Gruppen durch den Entscheid belastet werden. Diese Belastung, oder anders gesagt, der wirtschaftliche „Schaden“, kann nun oft sehr viel mittelbarer ausfallen als die Nutzenseite. Im vorliegenden Fall der Belastung künftiger Generationen ist das Eintreten dieser Belastung dermassen mittelbar ausgestaltet, dass sie nicht einmal junge Stimmberechtigte betrifft. Normalerweise treffen die spezifischen Interessen einiger weniger, gut organisierter Lobbyisten auf das allgemeine Desinteresse lediglich marginal „Geschädigter“, die aber immerhin stimmen könnten. Die Neigung des Staates zur Schuldenwirtschaft ist ohne weiteres begründbar durch diese der Demokratie innewohnenden Asymmetrien. Nicht direkt finanziell sichtbare (oder sichtbar gemachte) Versprechungen gehören ebenfalls zum asymmetrischen Arsenal gelebter Demokratie.

Ausufernde Regeldichte, exzessive Überorganisation und hoffnungslos grosszügige Versprechungen prägen die westliche Zivilisation. Hohe laufende Kosten und noch höhere zu erwartende künftige Belastungen stehen einer globalen Konkurrenz ohne solche Nachteile gegenüber. Der Kreuzzug für mehr Demokratie wurde und wird von Kreuzrittern geführt, deren Burgen und Kirchen im Hinterland am Zerfallen sind. Das ist das wahre Problem im Kampf der Kulturen.

4. Keine Alternativen, aber...

Soviel Demokratiekritik mag beinahe unerträglich sein. Wegen zu häufigem Gebrauch, nämlich üblicherweise bei der Entgegennahme nicht genehmer Entscheidungen, erscheint Churchills Diktum von 1947 beinahe etwas trivial: "Democracy is the worst form of government – except for all those other forms, that have been tried from time to time." (Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – ausser all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind). Es trifft aber dennoch ins Schwarze. Zur Demokratie, welcher Ausformung auch immer, gibt es keine Alternative. Wer wünschte sich denn, in einer echten Monarchie, einer Diktatur, einer Oligarchie, einer Anarchie zu leben? Man hätte auf dem grossen, weiten Globus ja durchaus Gelegenheit, in solche Destinationen auszuwandern. Nach Saudiarabien, nach Nordkorea, nach Simbabwe, nach Tschetschenien. Unseres Wissens hält sich die Migration in diese Richtungen in engen Grenzen.

Wir haben weiter oben festgehalten, Demokratie sei nicht hinreichend, um tiefgreifende politische Probleme in unaufgeklärten Gesellschaften zu bewältigen. Wir haben darüber hinaus festgehalten, dass Demokratie als solche auch nicht ge-

nügt, um die grossen gesellschaftlichen Probleme der zivilisierten Welt an die Hand zu nehmen, geschweige denn zu lösen. Zwischen *hinreichend* und *notwendig* gibt es einen wesentlichen logischen Unterschied, der immer wieder vergessen geht. Demokratie mag, ganz gemäss Churchill, notwendig sein, weil es nämlich keine Alternative dazu gibt. Hinreichend ist sie aber keinesfalls. Dies eben wussten beispielsweise die Väter der amerikanischen Verfassung. Sie beschränkten die Kompetenzen der Zentrale, das heisst des Präsidenten und des Kongresses, auf ein absolutes Minimum und hielten diese Beschränkung in der Verfassung fest. Sie installierten ein oberstes Gericht, um über die Verfassung zu hüten. Sie sorgten für Gewaltenteilung zwischen den verschiedenen Funktionen im Staat. Sie stellten das Prinzip einer echten Subsidiarität durch die föderalistische Kompetenzvermutung auf der unteren Ebene sicher. Vor allem aber verankerten sie die individuellen Rechte in unmissverständlicher Weise. Spätere Generationen haben diese erste, für den politischen Sektor sehr restriktive Verfassung dann zwar aufgeweicht, zumeist als Folge innerer oder äusserer Krisen (Bürgerkrieg, Weltwirtschaftskrise, Weltkriege). Dass sie nach weit über 200 Jahren aber immer noch ohne weiteres verstanden und angewandt werden kann, ist sehr bemerkenswert.

Ganz offensichtlich ist es das *Zusammenspiel* zwischen (demokratischer) *Organisationsform* und einigen über die Jahrhunderte durch vielfach bittere Erfahrungen ermittelten bzw. von Staatsphilosophen wie Montesquieu oder Locke ersonnenen *Grundsätzen und Regeln*, welche in ihrer Gesamtheit die Struktur generieren, damit Wohlstand und Freiheit gedeihen können. Ein Zusammenspiel sich gegenseitig relativierender Prinzipien und überschüssende Machtanmassung immer wieder beschneidender Institutionen, das, wie schon angetönt, auch vor der Machtanmassung durch das Volk nicht Halt macht. Das Schutzobjekt dieses Zusammenspiels sind das Individuum und die auf Freiwilligkeit basierende Kooperation zwischen Individuen, also insbesondere die Familie und die wirtschaftliche Betätigung.

Dieses Zusammenspiel von Organisationsform und übergeordneten Regeln würde nach wie vor eine ins Gewicht fallende eigene Wertigkeit gegenüber den Herausforderungen durch den Fundamentalismus ergeben, denn immerhin haben die westlichen Zivilisationen bewiesen, dass sie zur grandiosen Steigerung des Wohlstands befähigt sind, was man von Gesellschaften, die nach Scharia-Recht organisiert sind, in keiner Weise sagen kann. Es wäre die Botschaft individueller

Freiheit und Unversehrtheit, der Wahrung der Eigentumsrechte, des voraussehbaren staatlichen Handelns bei beschränktem Wachstum des Staatsapparats – oder mit anderen Worten: die klassischen Forderungen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Eine fundamentalistische Ideologie kann man nicht mit eigenen Fundamentalismen – und sei es die Verabsolutierung der Demokratie oder sei es ein eigener, neu aufgelegter Fundamentalismus aus dem Mittleren Westen der USA – bekämpfen, sondern nur mit der Waffe, die allen Fundamentalismen gegenübersteht, und die heisst freie Entfaltung des Individuums. Ronald Reagan hatte dies erkannt in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, und es wäre nun an der Zeit, dass die westlichen Zivilisationen dies im neuen, gefährlichen Kampf der Kulturen ebenfalls erkennen würden. Dafür wäre aber eher die Erledigung von Hausaufgaben gefragt als militärische oder andere Kreuzzüge in unwirtliche Gegenden.

5. Grenzen der Machbarkeit

Zu diesen Hausaufgaben würde gehören, einen grösseren Teil der Verwaltung des Wohlstands an die Individuen zurückzugeben. Es gibt in unseren westlichen Zivilisationen ja kaum mehr einen Bereich, in welchem nicht die kollektive Problemlösung der individuellen vorgezogen wurde. Ob es die Erziehung von Kindern betrifft, die Gesundheit, die Krankheit, die Kultur, die Produktion von gar nicht so öffentlichen Gütern wie Radio, Fernsehen, Post, Telefon, Personentransport, die Absicherung für Arbeitsplatzverluste, die Regulierung weiter Bereiche der sogenannt freien Wirtschaft, die Pensionierung, das immer länger werdende Alter, ja, in zunehmendem Masse auch noch der Hinschied: Überall wird eine Kompetenz des Kollektivs vermutet; von Subsidiaritätsprinzip kann keine Rede sein. Die Überforderung, nicht nur die finanzielle, sondern mehr und mehr auch die sachlich-organisatorische Überforderung des Kollektivs ist mit den Händen greifbar. Dinosaurier sind an ihrer Grösse gescheitert, dasselbe droht den hochentwickelten westlichen Gesellschaften zu passieren. Die Zahl von Schnittstellen wächst in einem komplexen Organismus exponentiell, und die Gefahr, dass die Linke nicht weiss, was die Rechte tut, ist ungleich höher, wenn man anstatt zweier Hände Tausende von Tentakeln hat.

Die Abkehr von der Kompetenzvermutung des (nach demokratischen Regeln bestimmten, *sic!*) Kollektivs würde zweierlei voraussetzen: Erstens die Einsicht, dass der Tatbestand der totalen Überforderung zutrifft. Bis weit in wirtschaftliche Kreise hinein tönt es bis anhin freilich völlig an-

ders. Kaum wird ein Problem als relevant erkannt, wird die nächsthöhere Organisationsebene angerufen. Dass man es selber oder wenigstens auf einer subsidiären Stufe regeln könnte, kommt kaum jemandem in den Sinn. So kam aus wirtschaftlichen Kreisen die Forderung nach Kinderkrippen, und wer gefälligst sollte sich dieses existentiellen Bedürfnisses annehmen? Nicht die Quartiervereine und auch nicht die interessierten Unternehmungen oder deren Standesorganisationen, auch nicht die Munizipalgemeinden, sondern selbstverständlich die Eidgenossenschaft. Man hätte die Angelegenheit gleich auch noch der Uno vorlegen oder behaupten können, dazu müsse die Schweiz der EU beitreten...

Zweitens und bei weitem wichtiger wäre aber die Bereitschaft, im Zuge der Re-Individualisierung nicht nur Verantwortung (die man als Kollektiv ja de facto gar nicht wahrnehmen kann bzw. nur unter Eingehen von leeren Versprechungen) zu delegieren, sondern auch die Möglichkeit des Scheiterns und des Versagens einzuräumen. Verantwortung ohne die Möglichkeit des Fiaskos ist bedeutungslos, Freiheit ohne Risiko inhaltsleer. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Abkehr von der (vermeintlichen) Vollkasko-Gesellschaft hin zu einem Gemeinwesen, das nur dort kollektiv tätig ist, wo jede andere Form der Problemlösung unterlegen ist, beispielsweise im Polizeiwesen, der äusseren Sicherheit und gewissen Teilen der Infrastruktur, und dort solidarisch, wo es um die nackte Existenz von Mitbürgern geht. Darüber hinausgehende Besitzstandsgarantien, wie sie der moderne Sozialstaat kennt, sind ja in zweierlei Hinsicht des Teufels, da sie zum einen in aggregierter Form vom Gemeinwesen gar nicht eingehalten werden können und da sie zum andern auf individueller Ebene zu Wohlstandsverwahrlosung, verantwortungslosem Umgang mit der eigenen Gesundheit, Kiffer-Mentalität bezüglich des eigenen Fortkommens führen. Die Lustlosigkeit, wie sie seit einigen Jahren beileibe nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht in weiten Teilen Europas herrscht, hat einen sehr realen Hintergrund!

Scheitern- und Versagenkönnen ist das Gegenteil von Machbarkeit. Die westlichen Gesellschaften haben die Machbarkeit zu ihrem Götzen erkoren, glauben daran, durch den Götzendienst demokratisch legitimierten und zelebrierten Administrierens so etwas wie einen Idealzustand erreichen zu können, in welchem Scheitern und Versagen auf immer gebannt ist. So wenig ein solcher „Ideal“zustand überhaupt zu realisieren wäre, so real ist andererseits das Mass an Entmündigung, das unsere westliche Zivilisation heutzutage ausmacht.

6. Chance: die Wirtschaftsordnung

Es gibt einen weiten Bereich menschlicher Betätigung, in welchem das Scheitern und das Versagen explizit nicht ausgeschlossen ist: Die Wirtschaft. Sie steht nicht vor dem Problem, die „nackte Existenz“ gescheiterter Mitbewerber sichern zu müssen, wie es das politische Gemeinwesen von sich zu haben glaubt. Damit entfallen in einer Wirtschaftsordnung a priori irgendwelche Notwendigkeiten zur Umverteilung und zur Solidarität. (Dass es in der Praxis dann dennoch eine Vielzahl solcher Mechanismen gibt, hat nichts mit der beschriebenen Ausgangslage zu tun, sondern ist vielmehr die Folge einer Vermischung von Prinzipien der Wirtschaftsordnung mit derjenigen des politischen Sektors.)

Es gibt wenig ökonomische Literatur, die sich mit dem Scheitern und Versagen beschäftigt. Im Vordergrund steht verständlicherweise der Erfolg, den alle wollen und von dem viele zu wissen glauben, wie man ihn erreicht. Scheitern und Versagen hat weniger Sex Appeal. Der grosse ökonomische Denker Joseph Schumpeter (1883 – 1950) prägte für das Scheitern und Versagen, für das Obsoletwerden und Vergehen den Begriff der „kreativen Zerstörung“. In seinem Buch „Capitalism, Socialism and Democracy“ (1942) zeigte er auf, dass jeglichem kleinen Fortschritt zwingend die Zerstörung einer Vielzahl alter Konzepte, Strukturen und Produkte vorangehen muss und dass auch eine Vielzahl versuchter Innovationen immer weggespült werden, verdorren müssen. Nicht ein (vielleicht demokratisch bestimmtes) Gremium übergescheiter Intellektueller bestimmt, wer oder was weggespült oder dem Verdorren preisgegeben werden soll. Vielmehr gibt der Fluss des Kapitals dem Nahrung, was am wahrscheinlichsten (aber nicht sicher!) Erfolg haben wird.

Das ist ein hauptsächlich von Unsicherheiten bzw. von sehr tiefen Wahrscheinlichkeiten gekennzeichneter Prozess. Er steht in schärfstem Gegensatz zum Machbarkeitsdenken, wie es den Mainstream heutigen westlichen Denkens prägt. Aber es ist evident, dass es genau das Prinzip der Unsicherheit ist, welches den Gang der Wirtschaft immer wieder bestimmt. Der Anleger kann davon ein ziemlich garstig Lied singen. Was brachte doch der Technologie-Boom der späten neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts nicht an Gewächsen hervor, denen eine Weile lang (übermässig) Kapital zufloss, und von denen man heute nicht einmal mehr den Namen kennt? Und wer hätte im Rahmen der kreativen Zerstörung anlässlich der Finanzmarktbaiss zwischen 2002 und 2003

nicht in der einen oder andern Form partizipiert und Federn gelassen?

Wo stehen wir, wo steht die Wirtschaft, ja, wo steht die Welt aber nach diesem – schmerzhaften! – Prozess? Der Unternehmenssektor war schon lange nicht mehr so seriös finanziert, die Erträge flossen schon lange nicht mehr so kraftvoll, das Management war schon lange nicht mehr so erfolgsorientiert. Bereits Schumpeter, ein Anhänger der Kondratjew'schen Wellentheorie, wies darauf hin, dass der Prozess von wirtschaftlichem Gedeihen und kreativer Zerstörung kein kontinuierlicher ist, sondern – eben – in Wellen vor sich geht. Es gibt so etwas wie Euphorie unter den Anlegern, und ebenso ist eine ausgesprochene Katerstimmung, ja ist Angst ein immer wieder feststellbarer Aggregatzustand der Finanzmärkte.

Im Rahmen der Über- und Untertreibungen kommt es dann auch immer zur Förderung „unberechtigter“ Objekte und zur Zerstörung von Unternehmungen und Strukturen, die unter einem anderen Regime vielleicht ohne weiteres überlebensfähig gewesen wären. Kreative Zerstörung kennt keine objektivierbare Richtigkeit, sondern erfolgt nach dem Prinzip von Trial and Error, Versuch und Irrtum. Eine objektivierbare Richtigkeit ergibt sich erst aus der Vielzahl der Fälle und aus der Dauer, in welcher der kreative Prozess erfolgt. Die Einzelfälle können „falsch“ sein, können unglaublich harte Tatsachen schaffen, und dennoch stimmt am Ende das Resultat.

Dieses vermeintliche Paradox ruft selbstverständlich all jene auf den Plan, die sich eher an einfacheren Kausalitäten orientieren. So stört es beispielsweise die französische Elite, dass „ihr“ Stahlkonzern Arcelor in indische Hände übergehen soll. Dabei handelt es sich bei Firmenübernahmen doch um nichts anderes als eine (eigentlich recht zivilisierte) Form Schumpeter'scher kreativer Zerstörung: Die Führungsmannschaft der Firma A muss jener von Firma B weichen, weil diese offenbar besser in der Lage ist, Kapital anzuziehen. Und dann geht die Führungsmannschaft von Firma B daran, zusammen mit Firma A die Erwartungen der Kapitalgeber zu erfüllen. Das kann gut herauskommen oder auch nicht, das kann für Teile der Betroffenen hart sein (weil zum Beispiel Produktionsstätten geschlossen werden müssen), das kann zu neuen, ungeahnten Horizonten führen (wie zum Beispiel der seinerzeitige Zusammenschluss von Ciba-Geigy und Sandoz zu Novartis eindeutig gezeigt hat) – sicher ist bei alledem aber nichts.

Genau diese Sicherheit monieren aber die Angehörigen der in einfachen Kausalitäten verhafteten

Machbarkeits-Elite. Sie meinen, die Kontrolle haben zu müssen, sichern sich diese Kontrolle auch durch alle möglichen Vernetzungen mit der Wirtschaft noch ab – gerade die Franzosen sind in solchen Machenschaften ja Weltmeister – und greifen in den Prozess Schumpeter'scher Zerstörung ein, was letztlich den Gang der Dinge natürlich nur verzögert, kaum aber zum Stillstand bringen kann. Was bleibend ist, sind allerdings teure Strukturhaltungsobjekte, wie man sie überall beobachten kann, wo die Machbarkeits-Eliten zu stark das Sagen haben. In Italien pflegen sogar Notenbankpräsidenten mitzumachen.

Wenn auch ohne Zweifel derzeit eine Pendelbewegung in Richtung eines Versuchs zur Rückkehr zu mehr territorialer Kontrolle im Gange ist – man könnte dem auch Protektionismus und Dirigismus sagen und würde den Nagel ziemlich auf den Kopf treffen –, dann darf doch auch nicht übersehen werden, dass das Ordnungsprinzip der Wirtschaft alle anderen Ordnungen weit hinter sich gelassen hat. Die stupende Entwicklung in den Schwellenländern beruht zum allergrössten Teil auf nichts anderem als dem Prinzip Schumpeter'scher Zerstörung. Wir sind hautnahe Zeugen vorab des zerstörerischen Elements, da obsolete Kapazitäten in unseren Breitengraden verschwinden. Gleichzeitig aber entsteht Neues und Produktiveres an anderem Orte, werden bislang ärmste Gegenden reicher, erfolgt ein Ausgleich zwischen dem entwickelten Norden und dem immer weniger unterentwickelten Süden.

Es bestehen unseres Erachtens durchaus Chancen, dass der offenkundige Erfolg des wirtschaftlichen Ordnungsprinzips zu einer deutlichen Entschärfung der oben beschriebenen Problemkreise beitragen wird. Der fundamentalistische Gedankenkerker des Islamismus wird nie und nimmer einen vom Erdöl unabhängigen wirtschaftlichen Erfolg erzielen können, denn alle Versuche, Gesellschaften gemäss fundamentalistischen Vorstellungen zu organisieren, müssen zwangsweise im wirtschaftlichen Fiasko enden. Das einzige Gebiet, wo solche Gebilde vorübergehend erfolgreich sein können, liegt in der Anwendung von Gewalt und Terror gegenüber Mitbürgern und, im Rahmen der globalen Mobilität, gegenüber der ganzen Welt, vorab der zivilisierten, weil sie sehr anfällig dafür ist. Das ist bedrohlich, darüber darf kein Zweifel bestehen. Nicht gefährlich ist aber der langfristige Erfolg, weil es den aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht geben kann. Der jeglichem Fundamentalismus abholde Pragmatismus der neuen, immer gewichtigeren asiatischen Länder stützt diese These in entscheidender Weise. Der wirtschaftliche Erfolg Chinas, Indiens und der umliegenden

Länder, die entweder nicht-muslimisch oder sehr gemässigt sind, wird dem Islamismus eher den Boden entziehen als die mehrheitlich ungeschickten Manöver der westlichen Zivilisation.

7. Das Ganze zu Ende denken

Die Einsicht, dass die Welt nicht beherrschbar ist, weil der direkte Draht zu Allah nicht besteht, und wer vorgibt, ihn zu haben, lediglich einer massiven Selbstüberschätzung zum Opfer gefallen ist, die Einsicht, dass die Welt auch nicht beherrschbar ist, weil die Verfahren immer ausgefeilter ausgestaltet und das Hinterste und Letzte kontrolliert wird, diese Einsicht darf allerdings vor der eigenen Lebensführung nicht Halt machen. Und da wir hier einen Anlagekommentar schreiben und nicht ein Traktätchen, wollen wir zum Schluss noch einige Überlegungen anstellen, was das für die eigene wirtschaftliche Situation, die eigene wirtschaftliche Betätigung und im speziellen die eigene Vermögensverwaltungstätigkeit bedeutet.

Es steht ausser Zweifel, dass die Globalisierung, wie wir sie im ersten Anlagekommentar dieses Jahres (Nr. 240 vom 16.1.2006) definiert und in ihren Auswirkungen beschrieben haben, in hohem Masse Verunsicherung auslöst. Die Betriebsverlagerungen betreffen ja nicht mehr „nur“ irgendwelche ohnehin ausdatierten Kohlenmeiler oder Schmelzöfen, sondern sie erfassen mehr und mehr auch Betriebsstätten, die man bis vor ganz kurzer Zeit als zeitgemäss und produktiv eingeschätzt hatte. Und seit Verarbeitungszentren für Kreditorganisationen, Call-Centers von Versicherungen, Analyseabteilungen von Banken und dergleichen nach Indien verlagert werden, fühlen sich auch die Inhaber von ausgesprochenen Büro-Jobs nicht mehr sicher.

Zurecht. Denn genau das kann es ja nicht geben: Sicherheit. Es ist völlig abwegig anzunehmen, eine bestimmte Tätigkeit werde es genau hier in fünf oder in zehn Jahren noch geben. Der Strukturwandel ist rasant, und die Rahmenbedingungen können sich ebenfalls sehr schnell verändern. Wer im Schweizer Bankensektor beispielsweise lediglich mit müdem Achselzucken zur Kenntnis nimmt, dass das Gedeihen des Finanzplatzes halt doch etwas mehr als angenommen vom Bankkundengeheimnis abhängt, der ist sich nicht im Klaren, dass just seine Arbeitsstelle und sein im Vergleich zu anderen Sektoren der Wirtschaft weit überproportionaler Lohn an einem relativ dünnen Faden hängen. Er ist nämlich so dünn wie der politische Wille, diesen Standortvorteil auch unter Eingehen von Opfern zu verteidigen.

Dass es so etwas wie Sicherheit nicht geben kann, wurde in anderen Branchen schon schmerzhaft erfahren. Ein Streifzug durch das Schweizer Voralpengebiet zeigt zum Beispiel, dass heute nur noch jeder dritte bis vierte Bauernhof bearbeitet wird. In den Dörfern sind die einst stolzen Landgasthöfe verwaist oder haben einer Pizzeria, einem Sushi-Take-Away oder einem Döner-Kebab-Stand Platz gemacht. Einstmals stolze Webereigebäude stehen leer, dienen als Industriemuseum oder werden als Lofts von Stadtmenschen bewohnt. Im Turnverein und im Sängerbund ergrauen die Häupter noch schneller, als die Schweizer Gesellschaft ohnehin alt wird. Es ist offenkundig: Niemand wollte diese Entwicklung, sie ist aber Tatsache. Man hatte und man hat die Sache in keiner Weise unter Kontrolle.

Und dieser Kontrollverlust betrifft nun eben nicht mehr nur das Entlebuch, sondern auch die Swisscom, die Elektrizitätswerke, ja, wie gesagt, auch den ganzen Bankensektor der Schweiz. Ohne den Teufel an die Wand malen zu wollen: Sicher ist nichts, aber auch gar nichts, und jeder-mann muss sich auf alles gefasst machen. Auf den Normal- wie auch den Ausnahmefall. Denn die Illusion, dass es im Ausnahmefall ein rettendes Auffangnetz von genügender Tragkraft geben würde, wäre vermessen. Wie soll ein jetzt schon, das heisst sich im sehr komfortablen Normalfall befindendes, ziemlich hoffnungslos überschuldetes Gemeinwesen mit all seinen (demokratisch verursachten...) administrativen Verstrickungen einen Notfall bewältigen können?

Dasselbe gilt für die ganze Vorsorgeproblematik. An sich sind die strukturellen Probleme der bestehenden Systeme erkannt. Die auf dem Umlageverfahren basierte AHV wird wegen den demographischen Veränderungen in zunehmendem Masse defizitär werden. Das kollektive Pensionskassenwesen ist zu teuer, weist zu viele Umverteilungskomponenten auf und erlaubt den jüngeren Versicherten kaum, genügend Kapital zu bilden. Es ist nicht anzunehmen, dass das Gemeinwesen die Probleme der Vorsorgesysteme rechtzeitig löst. Die politischen Anreize stehen solchen Anstrengungen diametral entgegen. Deshalb tut man gut daran, auch auf diesem Gebiet nichts, aber auch gar nichts als sicher anzunehmen.

Weiter oben haben wir von der Notwendigkeit einer Re-Individualisierung unserer Gesellschaft gesprochen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Gesellschaft (und man stelle sich einmal vor, all die Intellektuellen, Pseudointellektuellen, die am Tropf der Öffentlichkeit hängenden Kulturschaf-

fenden und Professoren, die Medienschaffenden und und und...!) zu dieser Einsicht gelangt, ist sehr gering. Re-Individualisierung kann, wenn schon, nur beim Individuum beginnen. Indem man den Kontrollverlust, den die Gesellschaft laufend erleidet, durch einen Kontrollgewinn auf individueller Ebene wettmacht.

Das bedeutet beispielsweise, dass man sich zu jedem Zeitpunkt in seiner praktischen Tätigkeit faktisch und psychisch bereithält, anderweitig und anderswo arbeiten zu können. Besonders wichtig ist diese Bereitschaft zur völligen örtlichen, materiellen und psychischen Mobilität selbstverständlich bei der Erziehung und Ausbildung unserer Jugendlichen. Die Schweiz ist als sehr global orientiertes Land an sich prädestiniert, seiner Bevölkerung in dieser Anstrengung eine ideale Plattform zu bieten. Das bedingt aber, dass man diese Plattform auch wahrnimmt und pflegt.

Was die Re-Individualisierung der Vorsorge betrifft, so steht eigentlich nur eine Möglichkeit offen: An allen vorhandenen kollektiven Vehikeln vorbei möglichst früh mit der Kapitalbildung zu beginnen und dieses Kapital so diversifiziert wie möglich, das heisst ganz, ganz weit weg von den Fährnissen der Volkswirtschaft des eigenen Standorts, anzulegen. Kapitalbildung braucht keine übermässigen Sparanstrengungen, sondern vor allem Zeit. Wer zwischen dem 20. und dem 25. Altersjahr, das heisst während sechs Jahren, per annum 2'000 Franken investiert und dieses Geld bei einer durchschnittlichen Rendite von 8 Prozent im Aktienmarkt investiert, hat mit 65 Jahren gleich viel Kapital wie derjenige, der zwischen 32 und 65, das heisst während 34 Jahren, den gleichen Betrag auf die Seite legt und analog anlegt. Beide werden über etwa 320'000 Franken verfügen.

Aber: Nicht sicher, sondern lediglich sehr wahrscheinlich! Denn auch die Durchschnittsrendite von 8 Prozent am Aktienmarkt ist nicht gewiss, sondern lediglich wahrscheinlich. Immerhin wahr-

scheinlicher als die künftige Zahlungsfähigkeit der kollektiven Vorsorgesysteme.

Es gibt derzeit genug Themen, welche geeignet sind, die Annahme der Beherrschbarkeit der Welt, der Sicherheit, der Machbarkeit völlig zu desavouieren: Jederzeit kann überall eine Bombe hochgehen, und sie kann erst noch nukleare Ausfälle produzieren. Jederzeit kann praktisch überall die Vogelgrippe zur von Mensch zu Mensch übertragbaren Krankheit mutieren und dann ihren Feldzug durch die hochmobile Gesellschaft zu uns voraussichtlich wenig resistenten Softies antreten. Jederzeit kann ein bisher unerkanntes Risiko im Finanzsystem einen Dominoeffekt unter Banken auslösen. Alles ist denkbar, alles ist möglich.

Es war aber auch immer schon so. Alles war schon immer denkbar, und alles möglich. Und trotzdem gibt es uns. Und trotzdem – besser vielleicht: gerade deshalb! – geht es uns gar nicht so schlecht, und geht es immer mehr Menschen auf der Welt immer besser. Es kommt eben schon sehr stark auf die Einstellung an. Wer Sicherheit, Machbarkeit, Beherrschbarkeit erwartet, wird Unsicherheit ernten. Wer weiss, wie brüchig das Eis eigentlich immer war und ist, wird sich vorsehen, wird ein paar Rettungsringe mit sich herumtragen und wird schliesslich mit hoher Wahrscheinlichkeit fröhlich überleben.

KH, 13.3.2006